

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2906-2907

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dollar 110 Millionen.

Zwangverkäufe von Devisen.

Die heutige Börse stand zum größten Teil noch unter dem Eindruck des gestrigen durch volle Zuteilung der Reichsbank verursachten Rückschlags. Diese unerwartete Zuteilung hatte eine ziemliche Bestürzung hervorgerufen, da zum größten Teil nicht genügend Mittel zur Bezahlung vorhanden waren.

Das Vergehen der Reichsbank auf dem Devisenmarkt machte sich auch auf dem Effektenmarkt bemerkbar. Die Geldoerleistung, die bereits seit Anfang dieser Woche besteht und am Mittwoch teilweise zu einer Partierung der Kurse geführt hatte, wurde noch verstärkt.

Die englisch-französische Fühlungnahme.

Paris, 21. September. (WLB.) Über den Eindruck, den die beiden Unterredungen zwischen Baldwin und Poincaré gemacht haben, schreibt der 'Petit Parisien' offiziös, die Auffassungen der französischen und der englischen Regierung müßten noch näher besprochen werden, und zwar sowohl die Frage der Ruhrbesetzung wie die der Reparationsfrage und die Frage der Sicherung der französisch-belgischen Grenze.

Baldwin abgereist.

Paris, 21. September. (WLB.) Baldwin hat gestern abend nach seiner Rückkehr von Versailles Poincaré am Quai d'Orsay einen Abschiedsbesuch abgestattet.

Pariser Konferenz.

Paris, 21. September. (WLB.) Gestern abend trat unter Vorsitz Poincarés eine Konferenz zusammen, die sich mit der Ruhr- und Rheinangelegenheit befaßte. Dieser Konferenz wohnten bei Marshall Foch, der Finanzminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der rheinische Oberkommissar Lirard und der elsassische Abgeordnete Oberkirch.

Kühle Zurückhaltung in London.

London, 21. September. (WLB.) Eine Reuter-Meldung besagt, der allgemeine Wortlaut des Communiqués über die Zusammenkunft der beiden Premierminister rechtfertige nach Ansicht amtlicher Kreise in London nicht die auseinandergehenden Schlussfolgerungen, die in verschiedenen Kreisen gezogen worden seien.

„Bedeutungsvolle Entscheidungen kaum möglich“.

London, 21. September. (WLB.) 'Times' schreibt in einem Leitartikel: Die Pariser Zusammenkunft der beiden Premierminister habe natürlich ihre Bedeutung, aber es sei nicht anzunehmen, daß sie eine sofortige positive Wirkung haben würde. Ihre Bedeutung sei eher psychologischer Art.

zu verursachen, selbst gegenüber einem gemeinsamen Feind, sei eine Politik, für die kein Premierminister die Unterstützung Englands gewinnen würde.

England gegen die Pfänderpolitik.

London, 21. September. (WLB.) Der diplomatische Berichterstatter des 'Daily Telegraph' schreibt, in London habe gestern keine Neigung zu der Annahme bestanden, daß der Standpunkt der französischen und der britischen Regierung sich so geändert habe, um die Ansicht zu rechtfertigen, daß ein direktes Übereinkommen — zum Unterschied von einer möglicherweise größeren Bereitschaft, Ansichten mit Offenheit und Herzlichkeit auszutauschen — zwischen London und Paris bevorstehe.

Alfons XIII. — die Seele der Putschs.

Auffehenerregende Enthüllungen.

Die Pariser 'Ere Nouvelle' vom 19. September veröffentlicht einen Sonderbericht aus Madrid, der geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen und den Spanischen Militärputsch in ganz neuem Lichte erscheinen zu lassen.

abgekartetes Spiel

zwischen dem König Alfons XIII. und der Generalität gewesen. Diese Behauptung wird mit einer Reihe von Einzelheiten belegt, die tatsächlich einen Zweifel an der Richtigkeit dieser Version schwer aufkommen lassen.

nicht reagiert.

Erst nach dem Putsch sei er nach Madrid zurückgekehrt und habe sofort den General Muroz Cobos, den Gouverneur von Madrid, der die Bewegung in der Hauptstadt leitete,

freudstrotzend in Audienz empfangen.

ohne sich um die verfassungsmäßigen Minister weiter zu kümmern. Rime de Renero, der, wie wir übrigens gleich hervorgehoben haben, ein intimer persönlicher Freund des Königs ist, habe sich aus Freundschaft zum König zu diesem Staatsstreich hergegeben.

Erst jetzt beginne man in Spanien die vorzüglich inszenierte Komödie zu durchschauen.

Eine neue große Offensive soll nun in Marokko lediglich zu dem Zweck eingeleitet werden, das Prestige des Königshauses wiederherzustellen!

Das Manifest der Arbeiterorganisation.

Die Korrespondenz des IGB teilt mit: Im Zusammenhang mit den neuesten Ereignissen in Spanien veröffentlichte die Sozialistische Partei und der spanische Gewerkschaftsbund ein gemeinsames Manifest, in dem sie den Gewaltstreich verurteilen, der offenbar darauf hinausläuft, durch eine Förderung des militärischen Abenteuerers in Marokko den 25 000 spanischen Offizieren der spanischen Armee von 300 000 Mann (1 Offizier auf 25 Mann) eine Daseinsberechtigung zu verschaffen.

Das Manifest wendet sich an die Mitglieder der beiden Organisationen, die mit den Arbeitern sympathisierenden Elemente und die öffentliche Meinung im allgemeinen. Es protestiert gegen den Gewaltstreich, stellt aber auch die Sympathie der Arbeiter gegen die inzwischen abgetretene Regierung fest, der ihre zögernde und unentschiedene Haltung in der Lösung des Marokkoproblems vorgeworfen wird.

Spanisch-Marokko als Tausch gegen Gibraltar.

In einem Interview erklärte Primo, einer seiner Hauptwünsche sei der Austausch Spanisch-Marokkos gegen Gibraltar. Allerdings erlaubten die jetzigen Umstände nicht die sofortige Inangriffnahme dieses Gedankens. Zuerst müsse jetzt Marokko endgültig erobert werden, und dann erst könne man darüber entscheiden, was mit ihm zu geschehen habe.

Verurteilte und Vertriebene.

Wenn man in Paris die Vorschläge der Reichsregierung zur Aufbringung und Sicherung großer und dauernder Reparationssummen erst richtig verstanden und gewürdigt haben wird, dann muß Frankreich klar werden, daß hier das Menschlichste angeboten ist. Und wenn Frankreich wirklich Geld- und Sachleistungen, nicht aber die Zerstückelung Deutschlands und die verschleierte Dauerherrschaft über Rheinland und das Ruhrgebiet will, dann wird es zu Verhandlungen über diese Vorschläge bereit sein müssen.

Rum hat die Verordnung der Rheinlandkommission, wonach Lücken in der deutschen Beamtenschaft der besetzten Gebiete dadurch ausgefüllt werden können, daß die Befehlsmächte die fehlenden Beamten ernennen, dem Verdacht, daß Frankreich Vortrennungsabsichten verfolgt, neue Nahrung gegeben, wie er ja auch durch den bewaffneten Schutz der Sonderbündlerversammlungen gestärkt werden mußte.

Darum ist Gewißheit über das Schicksal der 100 000 Rhein- und Ruhrdeutschen, die vertrieben und enteignet oder gar ins Gefängnis geworfen wurden, nur weil sie für die Befehlsmächte nicht arbeiten wollten, unentbehrlich. Der französischen Regierung und der ganzen Welt muß aber auch, trotz aller Erfahrungen, zugerufen werden, daß es hier gilt, ein Gebot der Menschlichkeit zu erfüllen, die von den Organen der Befehlsmächte im Frieden oft genug ebenso mit Füßen getreten worden ist, als von allen Heeren im Krieg.

Wenn man jetzt in Frankreich zum Vergleich den Arbeitszwang und die Arbeiterdeportationen heranzieht, die deutsche Okkupationsbehörden im Krieg praktiziert haben, so muß festgestellt werden, daß die Proteste, die damals im ganzen Ausland und auch in Deutschland nicht zum geringsten von der Sozialdemokratie erhoben wurden, die Zurücknahme dieser Maßnahmen erreicht hat. Wieviel verdient noch jener Arbeitszwang solche Bekämpfung und Verurteilung, der im Frieden von rechtswidrig eingedrungenen Truppen ausgeübt wird!

Es wird auch gut sein, wenn man in Frankreich noch eine Seite dieser Frage nicht übersehen läßt: Blicke das Reich auch weiterhin gezwungen, für diese hunderttausend Menschen und ihre Familien zu sorgen — und täglich steigt diese Zahl noch, da die Verfolgungen im Rheinland und Ruhrgebiet ungemindert weitergehen —, so bedeutete dies das Fortdauern einer ungeheuren finanziellen Belastung, der keinerlei produktive Arbeit der Unterstügten gegenübersteht, da das unbefähigte Deutschland selbst schon reichlich genug Arbeitslose hat.

Würde man aber aus Prestigegründen und ohne Hintergedanken der Vortrennung Deutschland seine wirtschaftlich wichtigsten Gebiete rauben und die Ausweisungen und Verurteilungen aufrechterhalten, so frage man sich doch, ob denn das nicht nur besiegte und fast entmündigte, oft genug auch herausfordernd niedergedrückte deutsche Volk nicht auch ein Gefühl für nationale Ehre und Würde hat und in welchem Geisteszustand ein Volk kommen muß, das dauernd 100 000 Märtyrer in seiner Mitte beherbergt.

Mit der in Frankreich soviel und erst in den letzten Reden Poincarés scheinbar ganz ohne Zusammenhang mit der Sorge des Tages besprochenen Frage der Sicherheit Frankreichs kann ein Festhalten an den Ausweisungen und Verurteilungen nichts zu tun haben. Wohl aber mag die Angst des schlechten Gewissens Sicherheit nicht nur in der Entwaffnungskontrolle und in vertragswidriger ewiger Besetzung des Rheinlands erblicken, sondern auch noch meinen, dieses 'Glück' noch um das Ruhrgebiet erweitern zu müssen. In solchen Gedankengängen trägt das Revanchegeschrei unserer Deutschnationalen aller Richtungen einen Hauptteil der Schuld, und Worte, wie die eines Westarp jüngst in Stuttgart, man müsse die Besetzung aus dem Ruhrgebiet hinausbringen, bleiben ja dort drüben nicht ungehört und unbeachtet, sind vielmehr ein Exportartikel, der sich bei den Gewaltpolitikern drüben der gleichen Beliebtheit erfreut wie bei den Jüngern der nationalistischen Schädiger

Deutschlands Herzlande. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes, vertreten durch die Parteien, die heute die Reichsregierung bilden, will von solchen blödsinnigen Kinderreien nichts wissen; sie will endlich in Ruhe arbeiten können, erlöst sein vom würgenden Druck jenes Elends, das der Ruhrkrieg noch zu den Verfallenen Folgen des Weltkrieges hinzugefügt hat. Je mehr Frankreich diesem Geist des deutschen Volkes Rechnung trägt, desto stärker wird es werden und desto größer die Sicherheit Frankreichs, die niemand anderer bedrohen kann als seine eigene Politik, wenn sie sich von Rache und Haß noch immer treiben ließe und dem deutschen Erfüllungswillen bis zur Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit das Entgegenkommen verweigerte, das jetzt zunächst in einer befriedigenden Zusage für die Ausgewiesenen und Verteilten bestehen muß.

Heim-Dokumente.

Alte Briefe und keine neue Wahrheit.

Der Bauern doktor Heim in Bayern ist zweifellos einer der betriebfamsten und infolge seiner Gerissenheit einflussreichsten Politiker des neubayerischen Reiches. Daß er offen mit den rheinischen Separatisten und mit den Franzosen konspiziert, ist eine Tatsache, die seit langem bekannt ist und die er niemals abgeleugnet hat, trotzdem ihm auch das Ableugnen nicht schwer fällt.

Die „Rote Fahne“ bringt nun heute unter der Ueberschrift „Bayerischer Landesverrat zugunsten Frankreichs“ zwei Briefe, die der bekannte Separatist Graf Bothmer an Dr. Heim geschrieben hat. Die Briefe stammen aus dem Frühjahr 1920. Sie sind also sehr alt und sind, trotz der sensationellen Aufmachung durchaus nicht unbekannt. Denn die „Münchener Post“ hat schon im Frühjahr 1922 wenigstens den einen, und zwar den wichtigsten, neben anderen Dokumenten im Wortlaut veröffentlicht, und schon am 6. Mai 1922 hat der „Vorwärts“ ihm im Auszug wiedergegeben. So wichtig und grandierend die Briefe auch für den Doktor Heim sind, so bedeuten sie doch heute nichts anderes als „alle Kamellen“, die das kommunistische Blatt aufgebracht, seinen Lesern als neu vorsetzt. Da aber bei den Kommunisten nichts gesehen kann, ohne die Sozialdemokratie zu verleunden, so müssen auch diese „Heim“lichkeiten dazu herhalten. In dem ersten Briefe Bothmers an Heim findet sich unter anderem Schmus auch dieser Art:

Für einen der künftigen Köpfe Süddeutschlands halte ich den württembergischen Staatspräsidenten Blos. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat er im Stillen für seine Person schon die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch der Reichsgewalt gezogen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn parteipolitische Vorurteile, die er gegenüber der bayerischen Entwicklung hat, beiseite geräumt werden können.

Diese ganz vagen Vermutungen des bayerischen Separatisten geben der „Roten Fahne“ Veranlassung, folgende infame Verdächtigung über unsern alten Genossen Blos in die Welt zu setzen:

Vom besetzten Gebiet, von Wiesbaden, Köln und Mainz, spinnen sich neben den Verbindungen nach Regensburg und München geheime Fäden nach Württemberg, dessen damaliger Staatspräsident, der Sozialdemokrat Blos, das Vertrauen der Hochverräter genießt und nach Helfen, wo der Prinz von Neuburg mit Willen des Großherzogthums verbrecherische Intrigen mit dem Landesfeind einleitet.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter wird es interessant sein, daß die konterrevolutionären Jungosentische auch auf die Hilfe sozialdemokratischer Gruppen, sowohl in Bayern als im Rheinland rechnen. Auf diesen Plan, der sicherlich nicht aus der Luft gegriffen ist, nimmt neben der Erwähnung des Herrn Blos der Hinweis auf den Bazillisten Professor Förster Bezug.

In Wirklichkeit wird es für die sozialdemokratischen Arbeiter interessant sein, zu wissen, daß der Brief des Grafen Bothmer vom 25. März 1920 stammt, also aus jener Zeit, da eben der Rapp-Bußch niedergeschlagen war

und eben die Nationalversammlung wieder von Stuttgart nach Berlin zurückgekehrt war. In Stuttgart freute sie, ebenso wie die verfassungsmäßige Regierung, freundliche Aufnahme und volle Unterstützung gefunden, und an der Spitze der württembergischen Regierung, die diesen Schutz bot, stand gerade der in allen Stürmen bewährte Genosse Blos. Er hatte sich mit am lebhaftesten dafür eingesetzt, daß die Württemberger nach ihrer alten demokratischen Tradition die Einheit des Reiches wählten und alle ihre Machtmittel zum Schutze der Reichsverfassung zur Verfügung stellten. Noch am 16. März 1920 hatte er im württembergischen Landtag erklärt:

Für die württembergische Regierung kann ich erklären, daß wir uns niemals auf Verhandlungen mit der Rapp-Regierung einlassen werden. Ich muß ja auch wie andere das aussprechen, daß ich befürchte, wenn diese Regierung am Ruder bleiben sollte, daß dann Deutschland in zwei Teile zerrissen würde. Es ist ja momentan auch ganz genau zu sehen, welche Teile es sind, die sich von diesem Berliner Borstoch nicht überwältigen lassen wollten. Wir werden für einige Zeit ein Mittelpunkt der Ereignisse in Deutschland sein und wir werden zunächst mit Stolz sagen können, daß wir in der Lage sind, der Nationalversammlung und der Reichsregierung bei uns einen ruhigen und geschützten Aufenthalt zu bieten. Und in diesem Sinne wünsche ich der Reichsregierung und der Nationalversammlung, daß ihre Arbeiten darum Erfolg haben mögen und daß sie recht bald wieder die Stelle einnehmen mögen, die ihnen von Rechts und Gesetz wegen gebührt.

Als dann am 20. März abends die Reichsregierung nach Berlin zurückkehrte, richtete der Reichspräsident an seinen alten Freund Blos ein Schreiben, in dem es u. a. hieß:

Regierung und Volk Württembergs stanken in diesen schicksalsschweren Tagen treu zum Reich, stellten sich schützend vor die Reichsverfassung und die Reichsregierung und ermöglichten uns so, hier in Ruhe und Sicherheit zu arbeiten und wieder aufzubauen. Ihnen allen gebührt unser herzlichster Dank, den ich hiermit im Namen der Reichsregierung und in meinem eigenen Namen zum Ausdruck bringe.

Vor einigen Tagen ist der zweite Band der Erinnerungen des Genossen Wilhelm Blos „Von der Monarchie zum Volksstaat“ in Bergers literarischem Bureau und Verlagsanstalt zu Stuttgart erschienen. Man kann dort alle Einzelheiten über die Haltung gerade des Genossen Blos nachlesen. Blos fügt in seinem Buche dem Briefe des Reichspräsidenten die knappe Bemerkung an:

„Dieser lebenswürdige Brief wird wohl sein Teil dazu beitragen, mich von dem Verdacht eines engherzigen Partikularismus zu entlasten und überhaupt die Zweifel an Württembergs Bundestreue zu zerstreuen.“

Bisher hat kein ernsthafter Mensch in Deutschland einen solchen Verdacht gehegt. Es bleibt den berufsmäßigen Verleumdern der Sozialdemokratie innerhalb der kommunistischen Partei vorbehalten, einen der ältesten Demokraten und Sozialdemokraten, der ein langes Leben für die Einheit des Reiches auf demokratischer Grundlage gekämpft hat, mit separatischen Hochverrättern auf eine Stufe zu stellen. Wir überlassen die Gesellen, die das fertig bringen, der Verachtung der Welt.

Deutschvölkische Außenpolitik.

In einem Nürnberger Gasthaus waren fünf Mitglieder der französischen Schubarbeiter-Union abgestiegen, die vom Internationalen Schubarbeiter-Kongress in Leipzig kamen. Nationalisten verließen das Gasthaus zu stürmen, um die französischen Arbeiter zu verprügeln. Nur mit blanker Waffe konnte Schuttpolizei das Alletant verhindern. Die Arbeiter wurden in Schutzhafst genommen und in einem Auto der Reichswehr nach Ansbach geleitet, von wo aus sie ihre Reise fortsetzten. Es ist bekannt, daß die französische Schubarbeiter-Union die Ruhr- und Reparationspolitik Poincares auf das Schärfste belämpft. Der Zweck ihrer Feldtätigkeit bleibt also das Geheimnis der Hakenkreuzler.

als Vertreter des alten Systems bis zum Ueberstürzen voll Edelmut, dagegen als Hintergrund gehalten die Vermorfenheit der Bürgerkasselle, namentlich des Anhängers der Revolution, für den die künftigen Farben noch zu leuchtend sind. Welche Genüsse stehen uns bevor: Ehrhardt und Schlageter in einer Person! (Also vermutlich ein Held, der sich gleichzeitig erschließen läßt und in obsonderlicher Verkümmung unter den Sitzen des Fluchtautomobils kriecht.) Wohingegen der neudeutsche Minister als Schieber-Pröfingling und Dirnenknecht verachtet werden darf. Endlich Kunst, große Kunst, gigantische Kunst! Wir jubeln mit dem Schluß der Reiterfingert:

Bergung in Dunt
das heilige Deutsche Reich:
uns bliebe gleich
die heilige deutsche Kunst!
Heil Strach, heil Deutschlands teurem Strach!
Einer, als die Pferdebahn nach fuhr.

Das heutige Jaroskoje Selo.

Die Schlösser von Jaroskoje Selo, die Sommerresidenz der russischen Kaiser, sind seit 1917 Volkseigentum. Das hat für die herrlichen Bauten, die Gartenpavillons und Gärten nur gute Folgen gehabt. Die Kerenski- und dann die bolschewistische Regierung haben alles erhalten und, wo Veränderungen nötig waren, nur Verbesserungen, Wiederherstellungen des alten Zustandes angebracht. Das ist das Ergebnis des Berichts, den der frühere Vizegouverneur Jaroskoje Selo, Automskij, in einem Bilderhefte des Münchener Drach-Verlages veröffentlicht.

Die Schlösser, von russischen Dichtern, wie Puschkin, bejubelt, waren für Rußland das, was im Hofleben Frankreichs und in der Geschichte seiner Architektur Versailles war. Weder Schönbrunn bei Wien, noch Sanssouci in Potsdam lassen sich mit Jaroskoje Selo vergleichen. Es ist seit den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts, d. h. nach der Vollendung des großen Schlosses, der luxuriöse Fürstenaufenthalt in der Epoche Katharinas. Es wird mit seinen, von dem Architekten Cameron vollendeten Bauten und nach dem Entschenden einer Reihe von Pavillons, im besonderen aber des Alexander-Palais, das 1801/1802 errichtet wurde, zu der prunkvollsten und an Kunstendmalern des Altertums reichsten Residenz nicht allein Rußlands, sondern der ganzen Welt. Nur Versailles kann sich ihm als Ganzes an die Seite stellen.

Die Revolution hat dann nicht nur die Kunstschätze ordnen und aufzeichnen lassen, sie hat auch das Ganze in „Dietstoke Selo“ („Kinderdorf“) umgestalt. Dabei ist manche wertvolle Rußlands erst zu ihrer rechten Würdigung gekommen, z. B. eine Statue, die im Garten in einer ruinenartigen Nische stand. Ein römisches Werk des zweiten Jahrhunderts v. Chr. wurde darin erkannt, und die Figur in die Eremitage überführt. Während andere Räume in klassizistischem Stil künstlerisch fesseln, interessiert den Deutschen eine der Hauptsehenswürdigkeiten des großen Palais, das Bernkeimzimmer, das Friedrich I. Peter Dem Großen schenkte. Alle Wände sind aus Bernstein. Die Pracht der Komposition hat den

Das deutschnationale Rezept.

Die vier Fragen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ sind der „Deutschen Tageszeitung“ so unangenehm, daß sie es nicht wagt, das Schriftstück ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Sie begnügt sich mit einem Artikel, in dem die Regierung gebeten wird, die Opposition aus außenpolitischen Gründen nicht zu bekämpfen. Die Regierung wird damit aufgefordert, ein Doppelspiel zu treiben. Die Politik der Unaufrichtigkeit mag zwar in deutschnationalen Kreisen als Trumpf gelten, der Erfolg hat aber bisher immer gezeigt, daß sie übel endet.

Auch die „Kreuzzeitung“ findet auf die Anfragen keine Antwort. Sie versucht sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie den Rat erteilt, sich beim Reichskanzler nach der Auflösung der Deutschnationalen zu erkundigen. Da sie zu gleicher Zeit eine derartige Erklärung als hochverräterisch hinstellt, muß man annehmen, daß sie ihre Antwort selbst nicht ernst nimmt. Soll man das Gegenteil von der „Deutschen Zeitung“ annehmen? Dort heißt es:

„Nach einer Erfahrung, die durch Jahrtausende der Kriegsgeschichte bestätigt ist, ernährt der Krieg sich selbst. Man muß ihn nur erst angefangen haben. Ganz allgemein aber sei gesagt, daß es auf der ganzen Welt keinen Reichen gibt, der so leicht wäre, in breiter Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, wie er einen Kampf führen will und wober er die erforderlichen Mittel nimmt, sitemalen nämlich dann der Feind Bescheid weiß und seine Gegenmaßnahmen treffen kann.“

Jetzt weiß Deutschland also, wie der Abwehrkampf weiter finanziert, wie die deutsche Währung bei einer Fortsetzung des Ruhrkampfes aufrechterhalten, wober die Ruhrbevölkerung die Kraft und Deutschland die Mittel zu einem Kampf gegen Frankreich nehmen soll.

Kommunistische Dolchstößler.

Das liebliche Zusammenspiel der Deutschvölkischen und der Kommunisten nimmt seinen Fortgang. Die einen und die anderen wissen jetzt nichts Besseres zu tun, als die auf die Beilegung des Ruhrkonfliktes hinielenden Bemühungen der Reichsregierung zu durchkreuzen und mit ihrem „Verträter“ geschrei die Dolchstoßlegende wieder aufzuwärmen. Sie wissen zwar ebenso gut wie die anderen Parteien, daß die Einstellung des Ruhrkampfes Deutschland durch die Verhältnisse aufgezungen wird. Aber ihr eitles Parteigeschäft steht ihnen höher als das gemeinsame Interesse des Volkes, insbesondere der arbeitenden Klassen, die unter dem Ruhrkrieg am schwersten zu leiden haben.

Einen neuen Beweis dieser gemeingefährlichen demagogischen Taktik liefert der heute in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Aufsatz der Zentrale der kommunistischen Partei. Mit denselben Ausdrücken, die wir schon unzählige Male in deutschvölkischen Sudelbüchern gelesen haben, wird die „Kapitulation“ der Reichsregierung vor Frankreich gesehelt und gegen die Beendigung des Ruhrkampfes Front gemacht. Wie dieser Kampf mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden soll, verraten die kommunistischen Dolchstößler leider nicht. Als Lenin Anfang 1918 vor Deutschland kapituliert, sagte er zwar, daß er in jeden „Sausfall“ gehen würde, um durch eine Verständigung eine „Atempause“ zu erlangen. Aber für die kommunistischen Anaptheten in Deutschland ist diese staatsmännische Einsicht nicht erforderlich. Sie wollen keine „Atempause“, sie wollen vielmehr, daß dem deutschen Proletariat der Atem ausgehe. Denn nur dann haben sie Aussicht, in dem allgemeinen Wirrwarr eines Zusammenbruchs, wenn auch vorübergehend, die Macht zu ergreifen.

Wehr denn, je hat deshalb die Arbeiterklasse die Pflicht, sich diese Schädlinge vom Leibe zu halten. In diesen schicksalsschweren Wochen, in denen es um die Existenz der Arbeiterklasse und der Deutschen Republik geht, darf sich das Proletariat keine Taktik nicht von Abenteurern und politischen Säuglingen bestimmen lassen.

Ein Fernbrief 2 Millionen? Wie die Express-Korrespondenz erzählt, ist eine weitere Erhöhung der Postgebühren zum 1. Oktober zu erwarten. Die näheren Einzelheiten stehen noch nicht endgültig fest. Der Fernbrief soll ab 1. Oktober 2 Millionen kosten.

Die heilige deutsche Kunst!

Nun sage noch einer, daß die Scherel-Briefe nichts für die Kunst tut! Eine vierseitige Kellamausgabe im Zeitungsformat opfert in dieser Zeit der Papiernot der „Total-Anzeiger“ für die Propaganda seines neuen Fortsetzungsromanes, den natürlich kein geringerer als der arisch-deutsch-germanisch-völkisch-nationale Dichter Rudolf Stray geschrieben haben kann. Greuliche Scherbertypen begründen uns von der ersten Seite. Aber die welthistorische Bedeutung des neuen Kunstwerks läßt sich doch nur mit den Worten des „Total-Anzeigers“ selbst auf der zweiten Seite ausdrücken:

„Abenteurer und Spekulanten sind die Hauptpersonen des gewaltigen modernen Dramas aus der Reichshauptstadt, das Rudolf Stray in seinem großen Gegenwartsroman „Kinder der Zeit“ entrollt und in dem das Bestehen der alten und das Heraussteigen der neuen Zeit in fesselnder Weise geschildert wird. Im Mittelpunkt der stürmischen Handlung stehen:

Alfa von Oberwolf,

die Aristokratin, Hofdame vor der Revolution. Nach dem Umsturz ganz deutsche Heldin und Frau, die das Unglück des Vaterlandes mit allen Fasern ihrer Seele spürt und todesmutig heißen will, wo sie als Frau helfen kann.

Ingenieur Jelleitner,

der aus der Bahn gemorffene Deutsche, Offizier im Kriege, Freikorpsführer. Zähneknirschend hat er die Revolution über sich ergehen lassen. Zwei Seelen: die eines Ehrhardt und eines Schlageters wohnen in seiner Brust. Die Befreiung deutschen Gebietes bestimmt sein Handeln.

Georg Baruschke, der Vater,

früherer Weibhiebhaber und Philister, dann Grundstücks- und Häuserpekulant, jetzt Reureicher und Schlossherr. Trotzdem noch einer vom alten Schlage aus der Zeit, da in Berlin noch die Pferdebahn fuhr.

Gothold Baruschke, der ältere Sohn,

Dr. jur. und feiner Anwalt; nach der Revolution Umlerner, Bazillat und Volkstribun, Abgeordneter für Reichsausschüsse, Friedens-, Staatsminister, Rußlandischer Berater, „Freie Bahn dem Licht!“ Im übrigen: Wann lernt Frau, einer Berliner Pflanze aus dem Parterkerker.

August Baruschke, der jüngere Sohn,

der trotz strogender Gesundheit stets mit Erfolg Kellamierie. Der Kriegs- und Revolutionsgewinnler. In seiner dicken Briefschale ist Geld für alles, was taufenswert ist: Heeresgut, Möbel, Häuser, Schmuckstücken, Frauen. Mit einem Wort: der Schieber. Aber ein ungezügelter. Und mit dem Berliner Mundwerk auf dem rechten Fleck.

Wenn aus dieser Mischung keine echte und wahre Kunst fließt, dann gibt es überhaupt keine Kunst mehr. Offizier und Hofdame

Stif Ludwig XIV. hier in seinem ganzen Glanze zur Entfaltung gebracht. Unter Katharina II., deren verzärtelter und frivolster Geist in ihren intimen Zimmern zum Ausdruck kommt, war das Bernsteinzimmer der Ort für festliche Abende, Spiele und Konzerte.

Schloßparktheater. Das Gelingen einer Aufführung des „Froust“ hängt stets wesentlich davon ab, wie weit die Darsteller Goethe mit Verstand vorzutragen vermögen. Diese Bedingung wurde gestern bei der Reueinstudierung im Stögerer Schloßpark-Theater von den Hauptdarstellern ziemlich gut erfüllt. Herr Janion als Faust muß sich zwar noch abgewöhnen, zu lächeln, auch sind allzu lebhaftes Gesticulieren bei einem lebensschafflichen Gefühlsausbruch nicht immer am Platz. Von diesen Einschränkungen abgesehen, war kein Faust eine brave Leistung. Der Valentin von Billig-Balded ist uneingeschränkt zu loben. Christl von Bommer, als Martha Scherzweib, ist etwas mehr Bemeglichkeit zu wünschen. Charlotte Runge als Gretchen sah und hörte man mit Wohlgefallen und Teilnahme. Hans Brodebusch spielte den Wephistopheles als Komiker. Das mag vielleicht an der Regie von Albert Berthold liegen, der die Hege auch als famische Alte gab. Die übrigen Darsteller verdienen wenigstens nichts. Bühnenbilder und Bühnenbau waren stilgemäß und trotz — oder wegen — ihrer Einfachheit wirkungsvoll. Einige Beleuchtungseffekte (z. B. am Faust-Froust) mühten diskreter sein. Die Regie hatte — und darin ist sie zu loben — großen Wert auf gutes Sprechen gelegt. Um so mehr ist die widerwärtig und lächerlich wirkende Betonung des deutschen Mannes, der keinen Franzmann leiden mag, um so mehr aber deren Weine, zu bedauern. Der Versuch, unter den Zuhörern einen „patriotischen“ Ausbruch Kognat trinkender Bergäste zu entfesseln, fiel übrigens glatt durch. S. S. S.

Ein bronzefarbene Dorf bei Berlin. Der Direktor der vorgeschichtlichen Abteilung des Märkischen Museums, Dr. Albert Rietebusch, hat, wie man sich erinnert, die Freilegung einer bronzzeitlichen Siedlung in Buch bei Berlin geleitet, auf deren Reste man beim Bau der dortigen Irrenanstalt stieß. Dies unternehmen, das unsere Kenntnis vom vorgeschichtlichen deutschen Dorf völlig umgestaltete, ist Rietebusch jetzt im ersten Bande einer Bücherreihe über „Deutsche Urzeit“ dar, die er bei Dietrich Reimer herauszugeben beginnt. Die Grundrisse von mehr als 100 Häusern aus der Zeit von 1200 bis 800 v. Chr., also etwa der Zeit zwischen dem trojanischen Krieg und der Gründung Roms, wurden freigelegt, die Bauart der Häuser und ihre Inneneinrichtung festgelegt, die damals im Gebrauch befindlichen Werkzeuge und Geräte, von der Sichel bis zum Weidhalm, von der Hake bis zum Angelhaken, Knochengerät, Steinhämmer, hölzerne Radeln, Messer, Fäden usw., ans Tageslicht befördert. Die Funde, die einen genauren Einblick in das Leben der Urbevölkerung vor den Loren Berlins geben, sind jetzt im Märkischen Museum vereinigt.

Volksbühne G. B. Im II. Konzert der Volkssühne, das am Sonntag, den 23. mittags 1/2 Uhr, im Theater am Schlossplatz stattfand, wird Professor Rudolf Krell mit dem Völkischen Musikensemble Schuberts H-moll-Symphonie (unvollendet) und Beethovens VI. Symphonie (Pastorale) zur Aufführung bringen.

Bayern und das Reich.

München, 20. September. (Eca.) Der bayerische Innenminister Dr. Schwegler hat in Riffingen eine Rede gehalten, in der er die ernste Lage betonte und auf die Bemühungen der Reichsregierung, das Ruhrunternehmen einem befriedigenden Abschluß zuzuführen, hinwies. Es bestünden viel Zweifel darüber, ob das gelingen werde. Im gegenwärtigen Augenblick müßten wir aber alle zusammenstehen, um das Werk des Staatsmannes nicht zu erschweren. Dr. Stresemann habe weitgehende Anerbietungen gemacht, für viele zu weitgehende. Hoffentlich gelingt es ihm, die volle Souveränität des Rheinlandes und die Befreiung des Ruhrgebiets zu erreichen. Ueber die vaterländischen Verbände in Bayern sagte der Minister, er begrüße ihre Arbeit zur Stärkung des vaterländischen Gedankens. Aber es dürfe sich kein Staat im Staate herausbilden, und die Unterstützung der geschwächten Staatsautorität dürfe keine Gefahr für den Staat werden. In der heutigen Zeit sei das wichtigste die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

München, 20. September. (Eca.) Generalfeldmarschall von Hindenburg ist gestern nach längerem Aufenthalt in den bayerischen Bergen wieder nach Hannover zurückgekehrt. Am Münchener Hauptbahnhof hatten sich zur Verabschiedung Ludendorff, Dr. v. Kahl und Professor Bauer eingefunden. Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, streifte in der Unterhaltung mit diesen Herren Hindenburg auch die separatistischen Bewegungen in Bayern und drückte den Wunsch aus, den Gedanken auch nur einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich nicht groß werden zu lassen. Man müsse immer bedenken, daß die Preußen für Bayern zuerst eingeschlagen seien, wenn es not tut, und deswegen müsse der Wahlspruch lauten: Treue um Treue!

München, 20. September. (Eca.) Die deutsche Postgewerkschaft, in der zahlreiche bayerische Postbedienstete der unteren Dienstgrade organisiert sind, läßt im Hinblick auf die umlaufenden Futschergerüchte erklären, daß für sie unbedingte Treue gegenüber den bestehenden Verfassungen im Reich und in Bayern und zu den verfassungsmäßigen Regierungen eine Selbstverständlichkeit sei. Die Gewerkschaft ist gewiß, daß die Abtötung 7 des Reichspostministeriums jeden Beamten und Arbeiter bei eventuell notwendiger Abwehr irgendeines gewalttätigen Eingriffs in den Betrieb der Reichspost und Telegraphenverwaltung vollständig unterstützen wird.

Auch eine Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Deutschen Verkehrsverbandes sollte eine Entschliebung, in der es heißt: Die Mitglieder der Verkehrsorganisationen der Bahn und der Post stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und lehnen jede Diktatur ab. Sie fühlen sich durch den Eid als Reichsbeamte und Reichsarbeiter und leisten nur dem Reich Dienst. Die Rettung des Reichs ist nur auf dem Wege der Demokratie im Rahmen der bestehenden Verfassung möglich. Jeder Futscher Versuch in der heutigen schweren Zeit ist als verwerfliche Handlungswelt zu bezeichnen. Das Bahn- und Postpersonal wird daher allen separatistischen und reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten und jeder Diktatur ihren Dienst verweigern.

Reichslöhne für die 4. Septemberwoche.

Die endgültige Lohnmehrzahl für die Reichsarbeiter wurde auf Grund der gestern abgeschlossenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen für die laufende Woche auf 23.500 festgelegt. Bei den Besprechungen über die Anpassung der Beamtengehälter an den veränderten Goldwert wurde für das vierte Septemberviertel die Mehrzahl (seit der Teuerungszuschlag) 7000 vereinbart. Die Angehörigen erhalten am 25. September eine Abschlagszahlung in der Höhe von 160 Grundeinheiten. Die hieraus sich ergebenden Zahlungen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstages am 25. September erfolgen. Alle näheren Angaben sind aus dem „Reichsbefoldungsblatt“ ersichtlich.

Der Aufstand in Bulgarien.

Paris, 21. September. (MIZ.) Nach einer Havos-Meldung aus Sofia haben die Kommunisten der Städte Stara-Zagora, Nova-Zagora und Tschirpan die Posttelekommunikationsangelegenheiten, um ihre seit zehn Tagen festgesetzten Kameraden zu befreien. Die Truppen haben die Kommunisten zerstreut und eine Anzahl von ihnen getötet und verletzt. In Stara-Zagora sind 6 Tote und 7 Verletzte unter den Kommunisten zu verzeichnen. Auf der anderen Seite wurde ein Soldat und ein Zivilist verwundet.

London, 21. September. (MIZ.) Aus Sofia wird der Reuters-Agentur mitgeteilt: Die Kommunisten von Nova-Zagora haben sich nicht damit begnügt, ihre gefangenen Kameraden zu befreien, sondern sie haben außerdem die Sowjetregierung proklamiert. Den Regierungstruppen ist es ziemlich schwer gefallen, die Aufstandsbewegung in dieser Stadt zu unterdrücken.

Der bulgarisch-jugoslawische Konflikt.

Belgrad, 21. September. (MIZ.) Die jugoslawische Regierung hat eine gemischte Kommission vorgeschlagen, welche die Grenzfrage regeln sollte. Die jugoslawische Regierung hat diesen Vorschlag abgelehnt mit der Erklärung, daß, solange die bulgarische Regierung die Bildung von Banden auf bulgarischem Gebiet gestattet, nicht verhandelt werden könne. In den letzten Tagen sind jedoch keine neuen Nachrichten über Zwischenfälle an der Grenze eingetroffen.

Ämtliche Devisenkurse.

	21. September		20. September	
	Käufer (Gulden)	Verkäufer (Gulden)	Käufer (Gulden)	Verkäufer (Gulden)
1 holländ. Gulden	43692000	43806000	71221800	71378500
1 argent. Pap.-Peso	86708000	86892000	60249000	60551000
1 belgischer Franc	5488250	5515750	8977500	9022800
1 norweg. Krone	17558000	17644000	20197000	20273000
1 dänische Krone	19830280	19949750	32917500	33062500
1 schwedische Krone	29127000	29279000	48079500	48329500
1 finnische Mark	—	—	4789000	4812000
1 japanischer Yen	58067000	58383000	87780000	88290000
1 italienische Lire	4887760	4912260	8079750	8120280
1 brit. Sterling	498750000	501250000	829987500	8327082500
1 Dollar	109725000	110275000	181545000	182455000
1 französisch. Franc	6483800	6496200	10778000	10827000
1 brasilian. Milreis	10673250	10726750	16957500	17043500
1 Schweizer Franc	19351500	19448500	82118500	82289500
1 spanische Pesta	14882750	14987250	24588500	24661500
100 österr. Kr. (gest.)	—	—	249375	250625
1 schweizerische Krone	—	—	5446380	5478650
1 ungarische Krone	—	—	9576	9620
1 bulgarische Leva	—	—	1645575	1654125
1 jugoslaw. Dinar	—	—	1793500	1804500

Tanz auf der Straße.

In diesen schönen Frühherbsttagen, da der flammendrote wilde Wein an den Häuserfronten emporzüngelt und sich um Balkons und Erker zieht, da das letzte grolle Loborn aller bunten Farben vor der Poere und dem trasslosen Grau des bald beginnenden Winters den Menschen das Abschiednehmen gewissermaßen leichter machen soll, sieht man auf Berliner Straßen bald hier, bald da groteske Szenen, die an die Grausamkeit dieser Zeiten gemahnen und von der Bedrängnis des kommenden Winters eine bedrohliche Sprache sprechen.

Um die Mittagsstunde kann man es beobachten, meistens in der Nähe von großen Etablissements mit vielen Angestellten, die um diese Zeit eine kurze Pause machen oder im Schichtwechsel zum lärglichen Mittagessen nach Hause eilen. An einer Platschkäule lehnt ein Mann, dessen Kleidung einst bessere Tage gesehen haben möge. Er spielt Geige, nicht wie ein Künstler, nicht wie ein Bogani, aber doch selbstsam besetzt und bewegt, so daß man gern stehen bleibt und den lodenden Tönen lauscht. Und unweit von ihm auf dem Asphalt zwei andere in verhoffener schwarzer Kleidung, mit verschimmenden Gesichtern, die wie mit Schimmel überzogen sind, von der Art und wohl auch von diesen Ausschweifungen. Diese beiden tanzen, gewandt und grazios, mit einer Andacht und Aufmerksamkeit, als gelte es, auf einem internationalen Tanzturnier den ersten Preis sich zu holen. Sie tanzen Shimmy und Jazz, Band und alle die anderen modernen Tänze, und mit großer Grazie gleiten sie über das glatte Parkett des Asphalts. Das junge Volk aber aus den umliegenden Geschäften und Bureaus steht saumend und bewundernd um die Tänzer, und es zuckt ihnen in den Gliedern und man tanzt mit in Gedanken, mit lachenden Miene und leuchtenden Augen. Und dann ist da noch ein dritter, ein alter Mann mit langwallender weißer Mähne, der aussieht wie ein pensionierter Professor. Er hält in der Hand einen großen spitzen, ins Gräßliche schillernden Schlapphut und sammelt bei den Zuschauern. Keine Brieftasche bleibt verschlossen, die Fünzig- und Hunderttausendmarktscheine flattern in den Hut, der den papierernen Segen kaum zu fassen vermag. Ein schmissiges Finale des Geigers, die Tänzer halten an, mischen sich den Schweiß von der Stirn und wandern weiter zu einem neuen Tanzturnier auf der Straße.

Rot macht erfinderisch, und diese Erfindung rentiert sich, weil sie den Reiz der Neuheit für sich hat. Bald beginnt der Winter. Wieviel andere und neue Erwerbsarten wird man dann auf den Straßen sehen? Vielleicht findet man dann diese Weiden wieder als — Vorführer im Schnee!

Die neue Milliardennote.

Eintausendmarktscheine mit rotem Ueberdruck.

In den nächsten Tagen werden von der Reichsbank neue Reichsbanknoten mit dem Ausgabedatum vom 15. Dezember 1922 in den Verkehr gegeben werden, die ursprünglich auf 1000 Mark lauteten. Diese Noten, die auf gutem, mit Fasern und Stoffauslage versehenen Wasserzeichenpapier gedruckt sind, und die auf der Vorderseite das Kopfbild des Nürnberger Münzmeisters Jörg Herz von Georg Benz tragen, sind auf der Vorder- und Rückseite mit einem von links unten nach rechts oben gehenden Ueberdruck in roten Buchstaben versehen, welcher lautet: „Eine Milliarde Mark“. Da diese Noten bisher noch niemals in den Verkehr gelangt sind, so ist die Fälschungsgefahr außerordentlich gering. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß außer dieser Note sich keine Reichsbanknote im Umlauf befindet, die infolge Ueberstempelung einen höheren Wert als den ursprünglichen Ausgabewert hat.

Straßenbahn 3 Millionen.

Der Aufsichtsrat der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. wird in seiner heute mittig stattfindenden Sitzung über eine Tarifserhöhung beschließen. Vorgelegt wird von der Direktion folgender Tarif: Für den Umlinienfahrpreis 3,5 Millionen, für den einfachen Fahrpreis 3 Millionen, für den Rinderfahrpreis 1,5 Millionen und Hochbahnfahrpreis 4,5 Millionen.

Der Maurergeselle als Frauenarzt.

Als solcher Arzt entlarvt wurde ein angeblicher Dr. med. Hermann Höfner, der seit zwei Jahren in Neu-Tempelhof eine ausgedehnte Praxis betrieb. Auf seinen Besucharten gab er sich als Chirurg und Frauenarzt aus; außerdem zierte die Karte in der linken Oberseite ein studentisches Abzeichen. Seine Räume waren hochelegant eingerichtet. Im Empfangsraum hingen große Bilder, die ihn als Korpsstudent und als Arzt im weißen Kittel darstellten. Ungewöhnlich reichhaltig war seine ärztliche Einrichtung. Ein großer Glasschrank enthielt über 400 ärztliche Instrumente. Auf seinem Schreibtisch stand eine ganze Reihe präparierter Kinderköpfe. Er hatte außergewöhnlich starken Zuphuß, da er sich hauptsächlich mit verbotenen Eingriffen beschäftigte. Wie die Kriminalpolizei jetzt festgestellt hat, ist Höfner ein früherer Maurergeselle. Er wurde festgenommen und die ganze ärztliche Einrichtung beschlagnahmt.

Das durchlöcherete Dach.

Zu der Abhandlung hierüber in der letzten Sonntagsnummer schreibt uns der Verfasser, daß die bei der Riedergricht des Artikels angenommenen Preise für große Dachreparaturen inzwischen natürlich weit überholt sind. Für die gründliche Instandsetzung eines tot vermauerteten Daches reichen also nicht einmal mehr 30 bis 60 Millionen. Bietmehr werden sich die Kosten jetzt auf mindestens eine halbe Milliarde belaufen. Da die Mieter diese Kosten, das heißt für das Umdecken des ganzen Daches, immer nur in mehrjährigen Monatsraten abzutragen haben und der Hauswirt selten in der Lage ist, eine so große Summe zu verauslagern oder auf Kredit zu beschaffen, wird im wesentlichen alles beim alten bleiben und meist nur eine ebenfalls sehr kostspielige, aber ziemlich mangelhafte Flickerei möglich sein. Selbst die Witterungsämter geben ja jetzt zu, daß ihre Beschlässe über große Dachreparaturen keine praktische Bedeutung mehr haben und hieran auch durch Erhöhung der Zuschläge absolut nichts geändert wird, weil auf allen beteiligten Seiten die Grenze der Leistungsfähigkeit mit Geld und gutem Willen weit überschritten ist.

Beamtenversammlung.

Der 2. Kreis, Tiergarten, veranstaltete gestern abend im „Artushof“ eine gut besuchte öffentliche Beamtenversammlung. In dieser referierte Genosse Briener über das Thema: „Demokratisierung der Verwaltung“. Der Redner verstand durch seine trefflichen Ausführungen die Zuhörer zu fesseln. Wie schon in anderen gleichartigen Versammlungen so wurde auch hier die schnellste Entfernung der reaktionären Beamten aus allen Verwaltungskörpern des Reiches und der Länder verlangt. Dies muß geschehen, wenn die Arbeit unserer Minister Erfolg haben und die Republik bestehen soll. In der Diskussion ergaben die Ausführungen unserer Redner die völlige Uebereinstimmung mit dem Borirag, während die Kommunisten durch ungeschickte Bemerkungen die Versammlung zu stören versuchten. Von Beachtung waren besonders die Worte eines demokratischen Beamten, der angesichts der drohenden Gefahren zur Einmütigkeit zum Schutze der Republik ermahnte. Diese Mahnung wiederholten der Referent und auch der Versammlungsleiter zum Schluß sehr eindringlich. Einstimmig wurde

eine Resolution angenommen, die u. a. die schnellste Liquidierung des Ruhrunternehmens, den Kampf gegen die Steuerfahndung, ferner eine Befreiung des Reiches an der Wirtschaft durch Erstattung der Sachwerte und die Befreiung des Reichswehrministers Gehler forderte.

Berlin ohne Milch.

Was die Landwirte alles fordern.

Die Landwirtschaftskammer vermahnt sich in einer uns überbrachten längeren Erklärung gegen die Behauptung, daß seitens der Landwirte und besonders der Landmolkereien ein Boykott über Berlin verhängt sei und daß lediglich der Währungsverfall die Schuld daran trage, daß die Milchzufuhr geringer geworden sei.

Von zuständiger städtischer Seite erfahren wir hierzu, daß die Viermillionenstadt Berlin im Monat September im Durchschnitt täglich 190 000 Liter Milch bekommt und daß es infolgedessen notwendig war, den Milchhändlern das ihnen zustehende Kontingent bis zu 70 Proz. zu kürzen. Auch im Reichamt ist man der Auffassung, daß sich der Loh vorzuschieben läßt, an dem selbst eine Versorgung der Krankenhäuser, der werdenden Mütter und der Säuglinge nicht mehr möglich ist. Diese Auffassung wird gestützt durch die Tatsache, daß Berlin im Frieden mit einem täglichen Milchgang von 1 200 000 bis 1 400 000 Liter rechnen konnte, daß in den Zeiten der sogenannten Milchschwämme, wenn die Weiden in voller Kraft waren, sogar noch größere Mengen nach Berlin geliefert wurden. Noch vor einem Jahr hatten wir im gleichen Monat tägliche Milchlieferungen von 300 000 bis 350 000 Liter. Gegenüber dem Friedensquantum beträgt unser jetziger Milchgang nur 15 bis 20 Proz. Die Landwirtschaft, die heute die Milch lieber zu Butter verarbeitet, anstatt sie in die Städte zu schicken, beklagt sich in erster Linie darüber, daß sie zu spät in den Besitz ihres Geldes kommt. Nun hat der Milchhandel schon seit langem den Vorschlag gemacht, daß die Landwirte sich bei Berliner Banken Konten eröffnen, mit deren Hilfe die Geldübermittlung unverzüglich konstatieren geht und die dem Produzenten es ermöglichen, sofort nach Eingang disponieren zu können. Diesen Vorschlag haben die Landwirte größtenteils abgelehnt mit der Begründung, daß ihnen dieses System zu umständlich und zu unsicher sei. Infolgedessen ist man den Landwirten in den letzten Monaten der unaufhaltsamen Geldentwertung noch weiter entgegengekommen und hat ihnen am Wochenende das Geld direkt ins Haus gebracht. Die Milchhändler haben Vertrauensleute aufs Land geschickt und die Zahlungen dort ohne Verzug geleistet. Man hat sogar Vorauszahlungen angewendet, um den Landwirt vor der Geldentwertung innerhalb der Diesermode selbst zu schützen. Trotz all dieser Maßnahmen ist die Milchlieferung unaufhaltsam zurückgegangen, weil die Herstellung von Butter in jedem Fall mehr einbrachte. Gestern haben nun in der Landwirtschaftskammer neue Besprechungen zwischen den Landwirten und den Landmolkereien auf der einen Seite, dem Reichamt Berlin und dem Milchhandel auf der anderen Seite stattgefunden. Die Landwirtschaft verlangte zunächst die Berechnung der Milch auf Goldbasis. Diese Forderung wurde von der Gegenseite rundweg abgelehnt. Dann forderten die Produzentenvertreter eine tägliche Festsetzung des Milchpreises entsprechend dem jeweiligen Dollarkurs. Auch dieses Verlangen mußte abgelehnt werden, weil das Reichamt nicht mit Unrecht befürchtete, daß bei diesem System die Hausfrauen überhaupt nicht mehr wüßten, wieviel Geld sie für den Milcheinkauf übernehmen sollen. Die Landwirtschaft verlangte dann schließlich eine zweimonatige Preisfestsetzung in der Woche und wünschte, wenn dieses System sich im Publikum einbürgern sollte, späterhin eine dreimonatige Notierung, sowie Abschlagszahlungen für die Lieferanten, um Währungsverluste zu vermeiden. Die Relation des Milchpreises zum Butterpreis soll außerdem 1:8½ betragen. Das Reichamt hat zu diesen Forderungen noch nicht seine Zustimmung gegeben, wird sie aber letzten Endes bewilligen müssen, wenn es überhaupt noch fruchtbar heranzuführen will. — Es muß abgewartet werden, ob die landwirtschaftlichen Spitzenverbände nun wenigstens ihre Versprechen wahr machen werden, daß unter diesen Lieferungsbedingungen auch die Milchzufuhren sich beträchtlich heben werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das Marktenbrot soll von nächster Woche ab 7 Millionen Mark kosten; die Markenschruppe 260 000 M.

Der neue Arztstand. Der Arztstand für die Privatpraxis ist von der Honorarkommission der Ärztekammer und des Groß-Berliner Ärztesbundes mit Wirkung vom 20. September auf 18 Millionen festgelegt worden.

Die Kriegsgopfer verlangen wertbeständige Renten. Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen schreibt uns: Die Renten der Kriegsgeschädigten und Kriegserhinterbliebenen sind viel mehr als die Löhne und Gehälter unter den Friedensverhältnissen gesunken. Wohl werden sie gegenwärtig in demselben prozentualen Ausmaß erhöht wie die Beamtenbeholdung. Die Auszahlungen erfolgen jedoch so spät, daß die Rentenempfänger ihre Beträge vollkommen entwertet erhalten. Der Reichsbund hat zum Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr, nach dem Schulberg-Ausschank (Unionsbrauerei) in der Gartenstraße eine öffentliche Protestkundgebung einberufen, in der die beiden Bundesvorsitzenden Karole und Bänder über „Zahlung wertbeständiger Renten, gegen das Verabschieden der sozialen Fürsorge zur Armenpflege“ reden. Alle Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen sind dazu eingeladen.

Höhe Schulversummsstrafen. Der Magistrat Berlin als städtische Schulpolizei macht bekannt, daß durch Verordnung des Provinzialschulcollegiums der Höchstbeitrag der Geldstrafe wegen unentschuldigter Schulversumms auf hunderttausend Mark festgesetzt worden ist. Die Höhe der Haftstrafe ist unverändert geblieben. Bei der durch die Zeitverhältnisse gebotenen allgemeinen Einschränkung der Schulzeit muß streng darauf gehalten werden, daß kein Kind unbegründet die Schule verläßt, wenn auch selbstverständlich Rücksicht genommen wird auf die vielen Unzutraglichkeiten, denen die Kinder durch ihren schlechten Gesundheitszustand ausgesetzt sind.

Jugendweihe-Kriegserbenausschuss. Die Vorbereitungen sind morgen Sonnabend, den 22. nachm. 2 Uhr, nicht in der Schule Vantagenstraße, sondern in der Schule Tiefenkr., Ecke Bankstr., statt. Alle Kinder müssen erscheinen.

Ein jüdisches Stadtviertel eingeebnet. Durch einen großen Brand ist das jüdische Viertel der Stadt Mit-Sambor (Polen) fast vollständig zerstört worden. 70 Häuser und zwei Synagogen wurden ein Raub der Flammen, 150 Familien sind obdachlos.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Jemlich kühl, zunächst größtenteils trübe mit Regenschauern und leichten südwestlichen Winden. Nachts zeitweise aufklarend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin, Sonnabend, den 22. Sept., 8 Uhr. Im Saal von Weiblich, Kaiserstr.: Mitteilungsversammlung. Vortrag über Partei und Presse. Referent: Gen. Robertus Reuter. Es ist Pflicht aller Genosseninnen und Genossen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Rechtshilfs-Unterrichtsausschuss. Die Dozentinnen und die Warten für die Volksschulen sind umgehend abzugeben. Karten zum Aufzug im Parteibureau abholen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Ortsgr. Berlin. Ihre Mitglied, Rektor Waldemar Bolte, Reichertstr. 18, plötzlich verstorben. Beerdigung morgen Sonnabend, nachm. 3 Uhr, Friedhof Zehlendorf-Platz.

Gewerkschaftsbewegung

Hände weg von den Gewerkschaften!

Die Ortsgruppe der „Kommunistischen Jugend“ in Chemnitz hat in Flugblatt verbreiten lassen. In dem sie zu einer öffentlichen Demonstration am vergangenen Sonnabend einlad. Nicht einmal das Chemnitzer Kommunistenblatt „Der Kämpfer“ hat es gewagt, dieses Flugblatt zu veröffentlichen. Öffentlich vertriebt die von linken Intelligenzien Ermöglichten mehr gegläubte Sprache der Jugendorganisationen allzu deutlich die Absichten, die die kommunistische Partei in den letzten Wochen mehr als je bei ihren Angriffen gegen die Gewerkschaften teilen.

„Kein Verhandeln mehr“, so heißt es in diesem Aufruf, „keine gewerkschaftlichen Streiks, kein Verbot auf die Taten der Führer. Die Organisationen des Arbeiterrats, Gewerkschaften und parlamentarische Parteien, die letzten Stützen der Kapitalisten, sie müssen rücksichtslos zerstört werden. In den Betrieben müssen junge und wachsame Arbeiter sich selbst zusammenschließen, sich vorbereiten, die Betriebe selbst in die Hand zu nehmen.“

Wohin diese verbrecherische Agitation führt, greift ein Blinder mit Händen. Die Zerstörung der Gewerkschaften bedeutet die Vernichtung der letzten Barriere, die den Arbeitern für die bevorstehenden schweren Kämpfe bleibt. Die wachsende Arbeitslosigkeit bedroht die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Jahre mit Gefahren, denen die Gewerkschaften nur begegnen können, wenn sie ihre Front geschlossen dem Feind zuwenden können und sich nicht noch im Rücken gegen die Klassenverräterische Politik der Kommunisten zu vertheidigen zwingen sind. Die Arbeitergeber warten darauf, daß sie eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen zur Verfügung bekommen, mit der sie die Lohnforderungen der Gewerkschaften unterbieten und die Arbeitszeit auf Schlechtere vergrößern können. Es würde einem Teil von ihnen durchaus erwünscht sein, wenn sich die Gewerkschaften in politischen Bruderkämpfen verblühen würden oder wenn sie das Schicksal der italienischen Gewerkschaften trübe, denen der sinnlose Kampf der Arbeiter untereinander die Kraft raubte, den Sieg des Faschismus zu verhindern. Hier kann es für die disziplinierten Mitglieder der Gewerkschaften keine Wahl geben. Sie müssen diesen verblödeten Zerstreuten ihrer Organisation mit aller Energie entgegen treten und ihnen die Brust benehmen, auf dem Umweg über sozialistische Experimente einer faschistischen Diktatur den Weg zu ebnen.

Eine Sonderaktion der Hamburger Gewerkschaften.

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des NDB, des Ortsrats Groß-Hamburg des NDB-Bundes des Hamburger Handstartell des NDB, sowie der Volkswirtschaft der Hamburger Betriebsräte haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt und, um diesen Nachdruck zu verleihen, für morgen, Sonnabend, von 11-12 Uhr mittags, eine allgemeine Arbeitsruhe in Hamburgischen Wirtschaftsbereichen beschlossen. In dem Aufruf, der diesen Beschluß mitteilt, erinnern die Gewerkschaften an die wiederholt gestellten Forderungen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft. Dann heißt es: „Die Gewerkschaften können nach der bisherigen Erfahrung sich auf die Beschlüsse der Parlamente nicht mehr verlassen und haben beschlossen, nachstehende Forderungen zur Steigerung der Not durchzuführen.“ Diese Forderungen, die an den Hamburger Senat bzw. die Reichsregierung gestellt werden, sind die Schaffung einer Arbeitsbehörde, die Anstellung eines Sozialattachés bei der Hamburger Gesandtschaft in Berlin, die Erfüllung der von den örtlichen Gewerkschaften aufgestellten Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Neubestellung der Prüfungsstellen, Erteilung ausreichender Befugnisse durch den Senat an die Hamburger Wirtschaftskammern bezüglich Regelung der Entlohnung der Lehrlinge und Jugendlichen, eine der Beibehaltung entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose usw., sofortiger Abbruch des Ruhrabenteuers, gründliche Erfassung der Sachverhalte, Maßnahmen zur Bekämpfung der Preispolitik der Rohstoffe und Treibstoffe, gefällige Festlegung des schließlichen Normalarbeitstages usw.

Die Formulierung des Aufrufes löst zunächst Vermutungen, als handle es sich um eine antiparlamentarische Aktion nach kommunistischem Muster. Die hier wiedergegebenen Forderungen zeigen jedoch, daß es sich um Forderungen handelt, die im wesentlichen nur von den Regierungsstellen und den parlamentarischen Körperschaften verwirklicht werden können.

Lohnbewegung der Berliner Wachangestellten.

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Im Laufe der letzten Monate war es dem Deutschen Verkehrsband möglich, auch die Löhne der Wachangestellten der Feuerung entsprechend normarbeitsbringend. Allerdings hat der Christliche Handels- und Transportarbeiterverband versucht, mit einer gefährlichen Lohnpolitik der Bewegung zu schaden. Über die Einflüsse der Unternehmer ging weiter als die der sogenannten Arbeitervertreter. Anfang des Monats schlossen die Christen einen Vertrag mit einer 25prozentigen Erhöhung ab, während wir 400 Proz. erhielten. Trotz der ungeheuren Feuerung der letzten Tage bekamen es die Christen fertig, bei der Mitte des Monats erfolglos endgültigen Regelung der September-Löhne sich mit einer Erhöhung von 80 Proz. zu begnügen, während wir 550 Proz. erreichten. Die Löhne betragen für September 1923: Separatwächter 1 134 400 000 Mark, Wehrtwächter 1 190 800 000 Mark, Kontrollwächter 1 245 400 000 Mark.

Obwohl doch alle Wachangestellten einsehen sollten, daß nur der Deutsche Verkehrsband die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, sieht doch noch ein Teil, wenn auch nur ein kleiner, völlig abseits oder gehdrt, um niedrige Beiträge zahlen zu können, einer Organi-

saition an, die nicht mit dem manchmal notwendigen Druck die Ingelegenheiten der Arbeiter vertritt. Wir hoffen, daß bald allen Wachangestellten klar wird, daß ihre Organisation keine andere sein kann, als nur der Deutsche Verkehrsband. In einem späteren Artikel werden wir uns mit den Zuständen der Unternehmen beschäftigen, die mit den Christen im Vertragsverhältnis stehen. Mit unserem Verband stehen 15 der Berliner Gewerkschaften im Lohn- und Tarifvertrag, über die wir jederzeit Auskunft geben in unserem Bureau, Bannewitzer Str. 31, Tel. Kurfürst 9632.

Lohnvereinbarungen im Berliner Baugewerbe.

Vom Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, wird uns mitgeteilt:

Gestern wurden durch die Tarifkommission der an dem Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für das Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe für die Zeit vom 15. bis 21. die neuen Stundenlöhne vereinbart: Hoch- und Betonbau: Maurer, Zementarbeiter, Einzieher, Stein- und Kalkträger 13 700 000 M., Kalkschläger, Wasserträger, Rührer und Zementarbeiter 13 357 000 M., größte Bauarbeiter 13 015 000 M., Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 13 000 000. Die übrigen Löhne der in Frage kommenden Berufsgruppen stellten sich in der bisherigen Weise. Die Wertgegenständigung beträgt pro Stunde 103 000 M. Am Freitag, den 28. September wird ein Vorstoß in Höhe von 400 Millionen Mark gezahlt. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechend geringeren Vorstoß.

Zur Lage der angestellten Apotheker.

Aus den Kreisen der Angestellten in Apotheken wird uns weiter geschrieben: „Der Beschluß der Tarifgemeinschaft werden am 10. und 20. jeden Monats „Vorstoß“ bzw. Kontozahlungen geleistet. Mit der Summe, die somit am 20. jeden Monats insgesamt ausgezahlt ist, hat der Angestellte bis zum Ultimo zu wirtschaften. Im August betrug nun diese Summe am 20. sage und schreibe: 20 Millionen Mark für das Spitzengeld, d. h. für jene Apotheker, welche länger als fünf Jahre die staatliche Approbation besitzen und die fast durchweg auch verheiratet sind. Am 25. August wurde das Gesamtgehalt für den August auf 105 Millionen festgesetzt. Dieser Betrag übersteigt die Summe der Kontozahlungen bis zum 31. August um 4 Millionen auf 12 Millionen. Wäre die Auszahlung am 25. August erfolgt, so hätte mancher Dollar Goldanleihe gezeichnet werden können. Weiter: Am 10. September war laut Vereinbarung ein Drittel des Augustgehaltes als Vorauszahlung fällig. Aber selbst dem Vorstehen der Besizerorganisation, Herrn v. Sogiewski, Vorstand des „Deutschen Apothekervereins“, erschien diese Zahlung zu niedrig, und er rief den Besizerkollegen, den ältesten Angestellten doch „70 bis 80 Millionen auszugeben“. Was die gequältesten Angestellten, die einen überaus verantwortungsvollen und in lebhaftesten Geschäften ungeheuer anstrengenden Dienst versehen, am 20. September erhalten werden, ist zurzeit noch unbekannt. Gewerkschaftspolitik interessiert ist, daß heute, fünf Jahre nach der Revolution, kein gerichtlicher Anspruch auf „vorläufige“ Zahlung besteht. Verantwortlich für dieses ganze Elend sind freilich die Angestelltenvertreter im Hauptausschuß der Tarifgemeinschaft. Sie fürchten für ihre Stellung, hoffen aber unentwegt, daß sich die Lage der Besizer nach den neuesten Vereinbarungen mit den Krankenkassen betreffs Zahlungsmodus bessern werde. Das Defizit, das die Apotheken in der letzten Zeit hatten, wird somit zum guten Teile freiwilbig (?) von der Angestelltenchaft getragen, d. h. die Führer der Angestellten haben also gewollt. Doch zweifellos auch viele Chefs den Angestellten in ihrer Notlage zu Hilfe kommen, steht fest; doch sind auch wieder recht zahlreich Fälle bekannt, wo der Herr Chef täglich mit Bienecker darüber wacht, daß die „Substanz erhalten bleibe“ und für Milliarden täglich Waren bestellt, den armen Angestellten aber auf den Rechenstandpunkt verweist, wenn nur das Wort „Vorstoß“ ertönt. In der „Pharmazeutischen Zeitung“ macht Herr v. Sogiewski bekannt, daß die Vorauszahlungen am 10. und 20. d. M. auf das Endgehalt „goldwertig“ (11) angerechnet werden sollen. Ob das Gesamtgehalt „goldwertig“ wird ausgezahlt werden, davon verläutet nichts. Dieser selbe Herr v. Sogiewski, dessen Namen man sich wegen seiner ausgezeichneten sozialen Einstellung nicht merken müssen, hat den Besizerkollegen, wie in den Spalten der „Pharmazeutischen Zeitung“ mehrfach zu lesen ist, angeraten, die Beiträge sämtlich zu kündigen und nur noch die vierwöchige Kündigung gelten zu lassen. Dieser Rat wurde freilich zum größeren Teile nicht befolgt.“

Dazu wird uns vom Bund der Technischen Angestellten und Beamten geschrieben:

„Seid je organisieren sich die angestellten Chemiker, soweit sie dem gewerkschaftlichen Gedanken zugänglich sind, in unserem Bunde, der für alle Berufszweige besondere Fachabteilungen eingerichtet hat. Besonders stark ist beispielsweise in Berlin unsere Fachgruppe für die chemische Industrie. Da auch die Apotheker Chemiker sind, so könnten sie in unserem Bunde, von dem es bekannt ist, daß er die Interessen seiner Mitgliedschaft energisch und sachkundig und deshalb erfolgreich vertritt, sich ihm ohne weiteres anschließen. Eine Aussicht, daß die sogenannte Organisation der angestellten Apotheker jemals eine wirkliche Gewerkschaft würde, ist wegen der Struktur und der Tendenz dieser Vereinigung ausgeschlossen. Dies haben auch schon eine ganze Anzahl Apotheker im Reich erkannt. Im Rheinland bestanden schon starke Apothekersgruppen, deren Arbeiten schon erhebliche Erfolge aufwiesen und nur durch die lendenarme Vereinigung, dem Verband Deutscher Apotheker, dem ohnehin noch die Prinzipale als Mitglieder angehören, und natürlich auch durch die große Zahl der Unorganisierten, gehemmt wird.“

Auffüllendes Material über die Lage der angestellten Apotheker, das auch die Forderungen enthält, die der Bund für die angestellten Apotheker erhebt, verleiht die Hauptgeschäftsstelle des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten, Berlin R.W. 52, Werfstr. 7.

Abzugszahlungen für Angestellte im Baugewerbe. Mit den baugewerblichen Arbeitgeberverbänden ist am Donnerstag vereinbart worden, daß an alle Angestellten unermäßig eine weitere Abzugszahlung auf das Septembergehalt in Höhe des fünffachen Augustgehaltes zu leisten ist.

Der Lohn für Glaser beträgt für die Zeit vom 14. bis 20. September 8 585 000 M. pro Stunde.

Der Lohn für das Malergewerbe in Groß-Berlin beträgt für die Woche vom 21. bis 27. September 17 000 000.

Die Lohnsätze für Reinmädchen in Banken betragen in der Woche vom 10. bis 16. September für Garben- und Toilettenfrauen 3 963 640 M., für Reinmädchen 3 984 100 M. und für Feinreputationsfrauen 4 004 540 M. pro Stunde.

Die Arbeitslosenpolitik in der Tschechoslowakei zielt auf Abbau. Auf Betreiben der sich infolge der Arbeitslosigkeit färfür führenden Unternehmer wird das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung so ausgelegt, daß etwa 62 Proz. der arbeitslos Gemeldeten ohne Unterstützung bleiben. Bedigte Arbeiter dürfen einem Regierungsamt zufolge nur sechs Monate lang die Unterstützung in Anspruch nehmen. Die übrigen erhalten nach sechs Monaten nur 75 Proz., nach neun Monaten nur 50 Proz. der Unterstützung. Die Verwaltungsorgane suchen die Unterstützungsberechtigten nach Möglichkeit zu schikanieren; die Gesuche um Verlängerung der Unterstützung werden nicht beachtet. Wie das Fürsorgeministerium den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärte, geschieht dies absichtlich, denn sonst würden die vom Parlament bewilligten Kredite nicht bis Jahresende reichen. Doch aber die bewilligten Kredite nicht reichen werden, ließ aber doch die Parlamentarier in die Ferien gehen, um nachher den Arbeitslosen auf „gesetzlicher Grundlage“ ihr Recht zu verweigern. Nun geht die Regierung noch weiter: sie gebietet die Arbeitslosenunterstützung um 30 Proz. zu kürzen, da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse (es sollte wohl heißen: die Wachverhältnisse) wesentlich verändert hätten. Die Gewerkschaften haben dagegen scharfsten Protest erhoben.

Fortdauer des Danziger Hafenarbeiterstreiks. Gestern fanden Verhandlungen der Danziger Hafenarbeiter statt. Nach längerer Aussprache wurde schließlich darüber abgeklärt, ob erst die Aufnahme der Arbeit erfolgen und dann verhandelt werden soll, wie es die Arbeitgeber verlangten. Dieses Ersuchen wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, so daß einstweilen der Streik weitergeht.

Einkung mit den Hamburger Hafenarbeitern. Nach erneuten Einigungsverhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar wurde mit den Hamburger Hafenarbeitern eine Regelung dahin erzielt, daß der Schlichterspruch der einen Tagelohn von 194 Millionen vorsteht, bestehen bleibt, jedoch nur bis zum 25. September.

In die Mitglieder des Verbandes der Bibliographen, Steinbrüder und verwandten Berufs. Der neue Verbandbeitrag inklusive aller Aufschüsse beträgt für die Woche vom 1-7 d. M. 10.000 Mark, für die Woche vom 8-14 d. M. 20.000 Mark, vom 15-21. d. M. 30.000 Mark. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir von nun an jeden Mittwoch an dieser Stelle den für die betreffende Woche gültigen Verbandbeitrag bekanntgeben werden. Der Ortsvorstand.

Wirtschaft

Der Verfall der polnischen Mark. Gleichzeitig mit dem Sturz der Deutschen Mark sind zwei andere Wäluen ebenfalls in den Abgrund geraten: die ungarische Krone und die polnische Mark. Der Sturz dieser Wäluen ist die Folge der innerpolitischen Verhältnisse. Das polnische Wirtschaftslieben weist ebenso wie das ungarische eine Anzahl verheerender Momente auf: Die Rohöl- und Holzgewinnung ist im Steigen begriffen, auch ist bereits ein Exportüberschuß von 10 Mill. Tonnen Rohöl vorhanden. Die Ausfuhr von Textilwaren und Lebensmitteln ist ebenfalls im Steigen. So hat Polen bereits seit Monaten eine aktive Handelsbilanz. Bis zum Sommer 1923 war der Hauptabnahmestadt der polnischen Ausfuhrwaren Deutschland gewesen. Gegenwärtig ist es aber Rumänien. Die polnischen Waren gelangen über Rumänien auf den Balkan und nach Kleinasien. Der Ausfuhrhandel Bolens nach England, Frankreich, Oesterreich und der Tschechoslowakei ist ebenfalls im Steigen. Auch hat der polnische Lebensmittelhandel gute Aussichten. Was aber von der polnischen Wirtschaft geleistet wird, vermüdet die polnische Politik. Die Leitung der Politik liegt immer mehr in den Händen der extremen Nationalisten. Diese Politik kostet aber viel Geld, nicht nur weil sie Märkte dem polnischen Export verließt, wie den deutschen Markt, sondern weil die Tätigkeit dieser „haatserhaltenden patriotischen“ Elemente auch in Polen auf bezahlt werden muß. Das Militär verschlingt ungezählte Milliarden, deshalb erfolgte der finanzielle Zusammenbruch Bolens und die Katastrophe der Bolensmarkt. Im polnischen Budget für 1923 steht ein Defizit von beinahe 900 Millionen Goldfranken. Die Verschuldung des Staates an das Ausland beträgt 3 1/2 Billionen Mark, die Inlandschulden ungefähr 600 Milliarden Mark. Der Banthotenumlauf dürfte zurzeit ungefähr eine Billion Mark betragen. Der Sturz der polnischen Mark hat zur Abdantung des Finanzministers Grodzki geführt. Der neue Finanzminister Unbe plant die Einführung einer Goldwährung. Es ist aber recht fraglich, ob dies imstande sein wird, der Finanzlage Bolens aufzubringen. Ein Land, das die ruhige Arbeit im Inland und das friedliche Zusammenwirken mit den Nachbarländern unmöglich macht, kann durch keinerlei finanztechnische Maßnahmen, Interventionen auf der Börse oder auswärtige Anleihen saniert werden.

Verantwortlich für Politik: Richard Baranek; Wirtschaft: Eris Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Anzeigen: Dr. John Schönlank; Zitate und Entziffer: Fritz Ratzsch; Anzeigen: Th. Glöck; ähnlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Hosen!
kaufen Sie trotz des hohen Dollarstandes für jedermann in modernen Stoffarten, in allen Längen und Weiten
sehr billig!
München-Gladbach
Hosen-Zentrale
NW, Calvinstraße 34
Ecke Alt-Moabit, nahe Krimlaizer.
Fahrgeldvergütung!

Nur bei Erich Scholtz
Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 220
s.d. Weichselstr.
kaufen Sie heute noch gut und preiswert
Strumpfwaren
Trikotagen
Wollwaren
Badestrikots
Badekappen
Damenschlupfer
Wolle
Nähgarne

Garderobe
für Damen und Herren noch preiswert auf Vollzahlung!
Gebr. Naßner
Bismarckstr. 6
am Nollendorfpl.
Willst du preiswert
Hosen
kaufen, mußt du
Hosen-Anders
kaufen.
A. Anders,
Deusselstr. 25

ich kaufe auch kleine Posten ausgekämmtes
Frauenhaar
und zahle heute 40 Millionen Mk. per Kilo. — Grau 10 Proz. weniger.
Knappe, Britzer Str. 12 (Kottbuser Tor)

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
Zahngelisse
zahlst unüberbietbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Bettwäsche
Wäschestoffe
Handtücher, Hemdenstücke, Damast, Dimidi, Linnen, Züchen, Inletts, Bettdecken usw.
zu konkurrenzlos billigsten Preisen
Wäschefabr. S. Einborn
Neukölln, Kottbuserstr. 31
(an d. Hermannstr.)

Kleingärtner
Siedler u. Pächter
erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den Kommentar von
DR. ED. DAVID
Die Siedlungs-gesetzgebung
einschließlich Heimstätten-gesetz, Kleingärtner- und Pacht-schutzordnung
Preis-Grundzahl geb. . . M. 1.—
broch. . . M. 0.60
Buchhandl. Vorwärts
Berlin SW 66, Lindenstr. 2

Alt-Metall-Ankauf
zu höchsten Preisen
Corow, Neukölln
Jonnestr. 68
an der Hauptstr.
5. Stock
Bühn. Remise
Tel.: Reif. 4197

86 Gartenstr. 86
Zahngelisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 1 Million bis 20 Millionen
Gold-, Silber-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weidenburger Str. 32

Der gute **Kapitän-Kontabak**
in den meisten Zigarren-geschäften erhältlich.
C. Becker,
Berl., Lichtenberger Str. 22, Kst. 261.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frank. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3222

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maß-anfertigung
Fr. C. Hungaritz,
Neukölln, Todtstr. 31.

Ischias
in Köln, Groß u. Fein L. 15 T. best. vollständig. 191. 9-11. 4-1. Januar.

Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigaretten
Garbay, Haispus,
Cosmima, Karmirny,
Avramiko, Murati, gibt auf Tagesgr. Tabakwaren-
Arno Geßner, Großhandl.,
Werfstr. 21. Teleph. 180214.

Hosen kaufen Sie sehr preiswert
Arbeits-Hosen 2 800 000
Feldgrau-Hosen 4 500 000
Gestricelte Hosen, schöne Muster 3 700 000
Umschlag-Hosen 3 500 000
Manchester-Breeches 6 800 000
Stoff-Breeches 2 500 000
nur Goltzstraße 7 **HOSEN-ZENTRALE** / **Schöneberg** nur Goltzstraße 7
Fahrgeld wird vergütet!